

13.04.2018

Beschlussempfehlung und Bericht

des Integrationsausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/818

Der Integrationsplan für NRW muss fortgeführt werden

Berichterstatlerin: Margret Voßeler CDU

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/818, wird abgelehnt.

Datum des Originals: 13.04.2018 /Ausgegeben: 17.04.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion SPD - Drucksache 17/818 - wurde durch das Plenum am 12. Oktober 2017 zur federführenden Beratung an den Integrationsausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, an den Hauptausschuss, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Wissenschaftsausschuss, an den Rechtsausschuss, an den Ausschuss für Schule und Bildung, an den Sportausschuss, an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz und an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen. Die abschließende Aussprache und Abstimmung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Integrationsausschusses im Plenum stattfinden.

B Beratung

Der federführende Integrationsausschuss hat den Antrag in seinen Sitzungen am 18. Oktober 2017, 10. Januar 2018, 7. März 2018 und 11. April 2018 beraten.

In der Sitzung am 18. Oktober 2017 hat der Ausschuss die Durchführung einer Anhörung nach § 57 der Geschäftsordnung beschlossen.

Die Anhörung wurde unter nachrichtlicher Beteiligung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen, des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend, des Hauptausschusses, des Haushalts- und Finanzausschusses, des Wissenschaftsausschusses, des Rechtsausschusses, des Ausschusses für Schule und Bildung, des Sportausschusses, des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz und des Ausschusses für Kultur und Medien am 10. Januar 2018 durchgeführt. Die Sachverständigen waren gebeten, im Vorfeld des Gesprächs schriftlich zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Eine Übersicht der eingeladenen Sachverständigen ist der Einladung 17/165 zu entnehmen. Anlässlich der Anhörung lagen folgende Stellungnahmen vor:

Sachverständige/Verbände	
Landesjugendring NRW e.V.	Stellungnahme 17/223
Städtetag Nordrhein-Westfalen	Stellungnahme 17/230
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen	
Landkreistag Nordrhein-Westfalen	
Professor Dr. Dirk Halm Stiftung ZfTI Universität Duisburg-Essen	Stellungnahme 17/253

Sachverständige/Verbände	
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen	Stellungnahme 17/254
Evangelisches Büro NRW	Stellungnahme 17/256
IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e.V.	Stellungnahme 17/258
Dietrich Eckeberg Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. – Diakonie RWL Geschäftsfeld Flucht, Migration und Integration (FMI)	Stellungnahme 17/259
Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen e. V.	Stellungnahme 17/260
Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen e.V.	Stellungnahme 17/265

Das Protokoll dieser Anhörung liegt als APr 17/146 vor.

Der federführende Ausschuss hat die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung in der Sitzung am 15. März 2018 ausgewertet (APr 17/198).

Die abschließende Beratung und Abstimmung erfolgte in der Sitzung am 11. April 2018 (Apr 17/228)

Aus Sicht der antragstellenden Fraktion der SPD hätten alle Experten einhellig gesagt, dass der Integrationsplan und seine Inhalte der richtige Weg seien. Über die eine oder andere Stelle könne noch nachgedacht werden, wie beispielsweise die „3+2 Regelung“. Die Fraktion der SPD betont, dass sie eine zusätzliche einjährige Einstiegsqualifizierung vor einer Ausbildung mit Anschlussbeschäftigung für sinnvoll halte.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hebt hervor, dass die Integration der zugewanderten Menschen ein langfristiges Thema sein werde und der Integrationsplan eine Grundlage darstelle. Es ginge darum, wie man den Einstieg in den Arbeitsmarkt gewährleisten könne. Genauer hinsehen müsse man auch im Hinblick auf arbeitsmarktspezifische Sprachkurse und die Aufenthaltsdauer in den Unterbringungseinrichtungen. Sie bekräftigt die Anregungen der Experten, Integrationsmaßnahmen für alle, unabhängig von der Dauer der Bleibeperspektive zu gewährleisten und hofft, dass man von der Idee, Aufnahme- und Ausreisezentren zu errichten, abrücken werde.

Die Fraktion der FDP führt aus, dass aus ihrer Sicht die kommunalen Spitzenverbände die aktuelle Weiterleitung eines Teils der Integrationspauschale an die Kommunen als positiv be-

werten. Sie befürwortet keine Ansammlung von Einzelmaßnahmen mehr, sondern die Einzelmaßnahmen sollen auf ihre Wirksamkeit überprüft werden und dann in eine Integrationsstrategie 2030 einfließen.

Auch die Fraktion der CDU unterstützt eine Integrationsstrategie 2030. Alle Zugewanderten sollen in den Blick genommen werden, auch diejenigen, der zweiten und dritten Generation. Sie möchte die Anregungen der Sachverständigen zur Migrantenselbstorganisation aufgreifen und betont die Wichtigkeit des Wertedialogs.

Aus Sicht der Fraktion der AfD ist der Integrationsplan eine Anhäufung von Einzelmaßnahmen, die zum Teil nicht evaluiert seien und mehr Struktur erfordern sollten. Sie hebt besonders das Projekt des Qualifizierungszentrums in Bochum hervor, was sie gerne in einen Integrationsplan integriert hätte.

Die Landesregierung führt aus, an der Integrationsstrategie 2030 zu arbeiten, bei der sie u.a. auch Anregungen aus der Anhörung mit einfließen lassen möchte. Ebenso werde sie auch nicht alles, was in dem Integrationsplan bisher auf den Weg gebracht wurde, beiseiteschieben.

C Voten der mitberatenden Ausschüsse

Die mitberatenden Ausschüsse haben wie folgt votiert:

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales und der Ausschuss für Schule und Bildung, der Haushalts- und Finanzausschuss, der Hauptausschuss, der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen, der Ausschuss für Kommunales, Bauen und Wohnen, der Sportausschuss, der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend lehnen den Antrag ab.

Der Ausschuss für Kultur und Medien sowie der Wissenschaftsausschuss verzichten auf die Abgabe eines Votums.

D Schlussabstimmung

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/818 - wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, FDP und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Margret Voßeler
Vorsitzende